

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 11

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

spiele der gesamtamerikanischen: als 30 Jahre hernach, auf dem anderen, west-östlichen Spannungsfelde, Agrar- und Industrie-Amerika zu einer letzten Machtrunde, mit dem Stimmzettel, nicht den Waffen diesmal, antraten, gab die Schwäche des südlichen Hilfsheeres den Ausschlag: für den Westen, und damit den landwirtschaftlichen Teil Amerikas, war auf absehbare Zeit das politische Spiel verloren.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

„Rivendicazioni ticinesi“. / Wahl und Zahl der Bundesräte. / Die Volksschule und die Erziehung zum Staatsbürger.?

Der Staatsrat und der Große Rat des Kantons Tessin betrachten die Notlage ihrer Republik nicht als eine ethnische, sondern als eine wirtschaftliche. Das geht aus ihrer Eingabe an den Bundesrat vom Jahre 1937 hervor, worin sie — aufs Neue — die „Rivendicazioni ticinesi“, also die „Tessiner Forderungen“ vorgebracht haben. Man hört da zunächst keine Klage über die starke Einwanderung von Deutschschweizern und Reichsdeutschen, über das Sprachenproblem, von dem in den letzten Jahren so viel die Rede war, oder über die häufige Niederlassung von Reichsitalienern, sondern alle Begehren zielen auf eine Verbesserung der Wirtschaftslage ab — wohl in der Meinung, daß eine solche auch den italienischen Charakter des Tessins wieder stärker zur Geltung bringe. Diese Überlegung greift wohl nicht fehl. Wenn man nämlich der Notlage des Tessins auf den Grund geht, so wird man finden, daß die schlechten Wirtschaftsverhältnisse das Tessinervolk nicht nur ökonomisch, sondern auch geistig — in Bezug auf die Selbstbehauptung — niedergedrückt haben. Freilich — und davon soll weiter unten die Rede sein — spielte nach meiner Meinung auch der Umstand eine Rolle, daß die Bevölkerung sich im Großen und Ganzen nicht zu jenem Aufwand aller Kräfte aufzuraffen vermochte, wie er bei der übeln Wirtschaftslage einfach nötig gewesen wäre.

Die tessinischen Strebungen im Rahmen der Gesamt-Eidgenossenschaft laufen schließlich darauf hinaus, daß der ethnischen, geographischen, politischen und wirtschaftlichen Sonderstellung des Kantons Tessin durch eine wirtschaftspolitische Sonderbehandlung Rechnung getragen werden soll. Natürlich bedarf dies einer verfassungsmäßigen Grundlage, denn ohne eine solche müßte ja der Bund alle seine Glieder und Landschaften gleich behandeln. Das Begehren der Tessiner ist auch schon von Erfolg begleitet gewesen, indem Bundesrat und Nationalrat in die neue Formulierung der Wirtschaftsa rtikel der Bundesverfassung unter Art. 31 bis die Bestimmung aufnahmen, daß in Abweichung vom allgemeinen Prinzip der Handels- und Gewerbefreiheit der Bund befugt sei, Vorschriften zu erlassen „zum Schutze wirtschaftlich bedrohter Landesteile und zur Erhaltung wichtiger, in ihrer Existenz gefährdeter Wirtschaftszweige und Berufsgruppen“. Dringt diese Fassung durch — auch der Ständerat hat sie gutgeheißen —, so wird es den Tessinern in Anbetracht ihrer notorischen Notlage gelingen, wenigstens einen Teil ihrer Forderungen durchzusetzen. Nicht umsonst konzentriert sich ihr Interesse, wie z. B. Staatsrat Antonio Galliardat, auf die Verwirklichung dieser Ausnahmebestimmung. Wie soll sie dann aber zu Gunsten des Tessins ausgewertet werden? Die „fratelli ticinesi“

sind an Plänen und Begehren nicht verlegen. In der vordersten Linie stehen ihre verkehrspolitischen Postulate, nämlich eine Umgestaltung des Tarifes der Gotthardbahn, welche ja als einziger Schienenstrang den Tessin mit der übrigen Schweiz verbindet. Die für Waren bereits abgeschafften Bergzuschläge sollen nun auch im Personenverkehr aufgehoben werden. Außerdem wünscht man die Gewährung von Ausnahmetarifen für Industrie und Landwirtschaft, z. B. für den Transport von Teigwaren, Salami und Möbeln. Damit inskünftig diese Begehren nicht mehr kraft des Grundsatzes der tariflichen Gleichbehandlung abgewiesen werden müssen, soll das Eisenbahngesetz Ausnahmen zulassen: „Ausnahmen sind dort zulässig, wo sie sich durch ausländische Transport- oder Verkehrsunternehmen aufdrängen oder wo besonders ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse bestimmter Landesteile dies rechtfertigen“. Zu diesen Begehren an die Bundesbahn hinzu treten noch die einzelnen Auswirkungen des zitierten Wirtschaftsartikels 31bis der Bundesverfassung: Der Tessin möchte statt der bisher gepflegten formalen Gleichberechtigung einer *substantiellen, auf die Kräfte abstellenden Gleichberechtigung* teilhaftig werden. Bundessubventionen sollen also besonders dort angebracht werden, wo überhaupt keine Mittel, weder öffentliche noch private, vorhanden sind, wie im Tessin. Bisher verhielt es sich so, daß der Bund nach Maßgabe der privaten und staatlichen Beteiligung leistete, wobei der finanziell bedrängte Tessin natürlich zu kurz kam. 1935 erhielt er beispielsweise von den 33 Millionen, die der Bund zur Getreidepreisstützung auszahlte, bloß bare 116 905 Fr. usw.

Man wird sich fragen: Genügen solche Maßnahmen zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung? Es fehlt im Kanton Tessin an der Landwirtschaft und an der Industrie. Der Tessiner Bauernführer Donini betonte sogar immer, daß das wirtschaftliche Problem des Kantons Tessin vorwiegend ein landwirtschaftliches sei. „Hat der Bauer Geld, so hat die ganze Welt!“ — im Tessin aber leidet vor allem das Bauerntum unter drückenden Verhältnissen. Man wird jenen Beobachter, der von der tessinischen Landwirtschaft einen „befremdenden, ja bedrückenden Eindruck“ mit heimgenommen hat, und der glaubte, „daß aus diesem Sonnengarten der Schweiz landwirtschaftlich nicht das gemacht werde, was möglich und Pflicht wäre“, nicht der Schwarzmalerei zeihen dürfen. Tatsächlich liegt die Bearbeitung des Bodens im Argen: meistens geben sich nur Frauen und alte Leute damit ab, die Güter sind stark zerstückelt, die Wiesen sind weithin ungepflegte Naturwiesen, die Alpen in einem Zustande der Verwilderung, die früher noch gebräuchliche intensive Bebauung ist einer extensiven gewichen, und die Wirtschaftsgebäude befinden sich in einem Zustande des Zerfalles. Gewiß hängt das alles zu einem guten Teil damit zusammen, daß die Ausfuhr nach Italien stockte und umgekehrt die Gotthardbahn nun billigere italienische Produkte herbeiführte, aber so ganz ausschließlich kann man doch diesen Umständen nicht schuld geben an dem Mißstande, sondern es ist — ich tue das über die anderen Beobachter hinaus — auch darauf zu verweisen, daß der Tessiner im allgemeinen die ihm bleibenden Möglichkeiten zur Entwicklung und Selbstbehauptung nicht mit genügender Energie ausgenutzt hat. Eine gewisse Schwachheit im Wirtschaften ist nicht zu verkennen; wie wäre es sonst möglich geworden, daß so viele Deutschschweizer in den Zwanziger- und Dreißigerjahren sich hätten im Tessin mit Erfolg wirtschaftlich einrichten können auf Posten, die doch in allererster Linie Tessinern offen gestanden hätten? Wenn nun die „Rivendicazioni“ in die Tat umgesetzt werden, so wird die Landwirtschaft sicher eine gewisse Förderung genießen, insbesondere ihre Produkte besser in der übrigen Schweiz absetzen können, aber damit einhergehen muß auch die Anspannung aller Kräfte. Das Gleiche läßt sich sagen von der Industrie, die unter den gleichen wirtschaftlichen und geographischen Verhältnissen litt und sich zufolge dessen nicht entwickeln konnte; auch ihr würde fortan

der Weg in die übrigen Kantone weiter geöffnet. Eine andere Frage ist es allerdings, inwieweit der Bund fähig ist, auch hier wieder neue Lasten auf sich zu nehmen, denn Eisenbahntarifausnahmen und vermehrte Subventionen gingen doch auf seine Kosten.

Als ausgemacht darf es jedenfalls gelten, daß der Kanton Tessin nicht zu einer italienischen Freizone gemacht wird, wie das erstmals von irredentistischer Seite, sodann aber auch von ernsthaften Tessinern gefordert wurde, um der wirtschaftlichen Not der Heimat zu steuern. Dr. Carlo Kuster hat ja bekanntlich mit seiner Schrift „Il Ticino, zona franca italiana?“ (1937) die Unmöglichkeit einer solchen Regelung treffend nachgewiesen. Politisch kommt sie sowieso nicht in Frage; die Verlegung der Zollgrenze an den St. Gotthard hätte einen ersten Schritt der Angliederung des Tessins an Italien im Sinne des Irredentismus zu bedeuten. Aber auch wirtschaftlich hält Kuster diese Lösung durch das Mittel der Freizone als unanwendbar, denn er erachtet die Freizone „schlimmer als die schlimmste Not“. Die Hotelindustrie würde zwar billigere — italienische — Preise genießen bei ihren Lebensmitteln, aber der Tessiner Bauer und die mit ihm verbundene Lebensmittelindustrie hätte überhaupt keinen Absatz mehr. Nach Kuster würde die Freizone den sicheren Untergang des Tessins bedeuten. Seit indessen den Irredentisten das Maul gestopft worden ist und die Tessiner hoffnungsvoll auf die Erfüllung ihrer „Rivendicazioni“ in Bern blicken, ist der Freizonenplan ganz außer Abschied und Traktanden gefallen. Fraglich geblieben ist hingegen die von Professor Giacometti („Neue Schweizer Rundschau“ 1935) vorgeschlagene Schaffung eines Sonderstatuts für den Kanton Tessin in dem Sinne, daß für sein Gebiet die Niederlassungsfreiheit und die Gewerbefreiheit für die Angehörigen anderer Kantone beschränkt würden usw. Die Tessiner Behörden haben sich ein solches Begehren für den Fall des Nichterfolges ihrer Postulate vorbehalten. Wir beobachten da, wie die Wirtschaftsnot hinüberspielt in das Gebiet der Bevölkerungspolitik; tatsächlich macht eben im Tessin eine starke deutschschweizerische Einwanderung den Tessinern die Existenz auf den wirtschaftlich entscheidenden Posten streitig. Zu Haus sind in den letzten zehn Jahren Filialen von deutschschweizerischen Lebensmittelgeschäften, Möbelfabriken, Eisenhandelsfirmen, Baugeschäften, Schuhfabriken usw. im Tessin errichtet worden und haben die einheimische Wirtschaft verdrängt und — wohl auch ausgebeutet. Ob wohl daran etwas zu ändern ist durch Tarifmaßnahmen der Bundesbahnen und durch einen anderen Verteilungsmodus der Bundessubventionen? Wir müssen daran zweifeln. Das unsympathische Sonderstatut lauert also tatsächlich weiter im Hintergrund der „Rivendicazioni ticinesi“.

* * *

Es hieße das Leben nach den persönlichen Gelüsten einrichten, wollte man den derzeitigen Begehren auf Volkswahl des Bundesrates und auf Erhöhung seiner Mitgliederzahl von sieben auf neun stattgeben. Was spielen nämlich dabei für Beweggründe eine Rolle? Einzig und allein doch nur der Gedanke, der Sozialdemokratie eine Vertretung zu beschaffen! Also nur der Grund, einer momentanen politischen Konstellation gerecht zu werden! Nur der Grund, sich die Demokratie für Parteiwünsche möglichst angenehm einzurichten! Da streben die Sozialdemokraten nach der Volkswahl, um möglichst viele Leute ihrer Richtung in die Bundesregierung abordnen zu können, und die Linksfreisinnigen wollen durch die Vermehrung der Bundesratsitze den Sozialdemokraten den Eintritt in die Exekutive gewähren, ohne sich selbst den eigenen Bestand an Bundesräten zu dezimieren. Ein ernster sachlicher Grund wird also von keiner Seite ins Feld geführt. Niemand fragt sich im Ernste: Liegen Volkswahl und Vermehrung der Sitze im Interesse des

Bundes, unserer Demokratie? Niemand gibt sich im Ernste Rechenschaft darüber, ob der Bundesrat dadurch tüchtiger werde, die Regierung einheitlicher und die Geschäftsbehandlung rascher. Wir stehen also richtig wieder einmal auf einem Punkte, wo ausschließlich die Parteiinteressen, die persönlichen Gelüste, Leben und Bild der Demokratie zu gestalten drohen. Wir können aber nur sachliche Gründe gelten lassen. Die Demokratie darf nicht zu einer Stätte werden, wo festgefahrene Parteiipitzenpositionen auf Kosten des Gemeinwohles durchgesetzt oder eventuell durch Vergleiche ausgeglichen werden. Wir können es nicht laut genug sagen: Für solche Machenschaften haben wir absolut kein Verständnis. Es imponiert uns weder der sozialistische Vorschlag auf Volkswahl — bloß wegen einer Partei ändert man einen immerhin bewährten Wahlmodus nicht! — noch imponiert uns der superfluge Ausweg der Linksfreijüngigen Wettstein und Müller (Thurgau) mit der Vermehrung der Sitze — bloß um den bisherigen Regierungsparteien ihre Sitze zu wahren, vermehrt man die Zahl der Behördemitglieder nicht! Wenn es sich zeigt, daß der Eintritt der Sozialdemokratie in den Bundesrat wünschbar und tunlich ist, dann verlangen wir von den Parteien, daß sie sich einfach arrangieren, irgendwie das Problem der sozialistischen Regierungsbeteiligung im Rahmen des bisherigen bewährten Rechtes lösen. Das geht unbedingt mit gutem Willen. Wir lassen aber nicht unserer Demokratie gerade in einer Zeit, wo sie sich kaum genügend beweglich und handlungsfähig erzeugen kann, durch Volkswahl und Sitzvermehrung neue Bleigewichte anhängen, nur damit sich die Parteien so recht nach Wohlgefallen ausleben können.

Es ist uns allerdings wohl bekannt, daß die beiden Postulate nicht neu sind. Wir erinnern uns an die sog. Doppelinitiative, welche 1899 in einem Zuge sowohl Volkswahl als auch Sitzvermehrung von 7 auf 9 forderte, bei der Abstimmung im Jahre 1900 jedoch nur 145 926 Ja gegenüber 270 522 Nein zeitigte. Dabei war schon 1894 von einer Erhöhung der Mitgliederzahl des Bundesrates die Rede gewesen. Auch später vor Ausbruch des Weltkrieges und während dessen Dauer wurde das Problem wieder aufgeworfen, wobei — nach aufschlußreichen geschichtlichen Darlegungen im „Vaterland“ (Nr. 20/1939) — sogar der Bundesrat selber in den Ruf nach Vermehrung seiner Sitze einstimmt. Schließlich verlor aber dieser Gedanke wieder an Aktualität, weil inzwischen den Welschen durch die Wahl eines zweiten welschen Bundesrates (Ador) Genüge getan worden war. Diese Feststellung führt uns auf die wahre Natur der beiden Begehren: es sind Auswege zur Geltendmachung unbefriedigter Ansprüche auf Regierungsbeteiligung. Schon die „Doppelinitiative“ war nichts anderes als „ein Ansturm der vereinigten Minderheitsparteien auf die allmächtige Position des Radikalismus und sein ausschließliches Regiment“. Dann kamen die welschen Motionen Richard und Micheli, in denen sich nach Professor Burckhardt lediglich äußerte „der Wunsch der welschen Schweiz, im Bundesrat stärker vertreten zu sein“. Und heute geht es um den Eintritt der Sozialdemokratie in den Bundesrat, einfach um „andere Bundesräte“, wie das „Volksrecht“ so aufrichtig anerkennt. Aber so gewiß die früheren Versuche, Volkswahl und Sitzvermehrung einzuführen, infolge anderweitiger Befriedigung der ihnen zugrunde liegenden Ansprüche gegenstandslos geworden sind, eben so gewiß werden die heutigen Postulate auf einmal mit dem Momente ihre furchtbare Dringlichkeit verlieren, wo der Anspruch der Sozialdemokratie befriedigt sein wird. Da enthüllt sich der wahre Charakter der heutigen Postulate: sie sind reine Parteiwaffen, und ihr Ziel ist die Durchsetzung von Parteianprüchen, nicht der Aufbau und die Erhaltung des Staates, mögen die Urheber noch so viele sachliche Gründe zu ihrer Rechtfertigung vor der Öffentlichkeit hervorkramen.

Ich meine: In erster Linie kommt es für uns jetzt darauf an, einen handlungsfähigen Bundesrat zu haben. Es kann nicht bezweifelt werden,

daß die bisherige parlamentarische Wahl der höchsten Behörde eine gewisse harmonische Zusammensetzung gewährleistete. Dadurch wurde natürlich auch die Regierungsrichtung klarer und die Geschäftsabwicklung rascher. Andererseits wirkte mit dem selben Erfolge die Tatsache, daß nur 7 Bundesräte und nicht 9 im Amte saßen. Wie kaum in einer anderen Zeit, so kommt es heute darauf an, daß der Bundesrat einigermaßen harmonisch gestimmt und aktionsfähig ist. Die beiden heutigen Postulate würden aber sowohl Harmonie als Aktionsfähigkeit gefährden. Man mache unsere Demokratie nicht schwerfälliger als sie es sonst schon ist! Man mache sie im Gegenteil eher leichtfüßiger! Insbesondere die Initiative auf Einführung der Volkswahl ist — um mit der „Gazette de Lausanne“ zu reden — für unseren Bundesstaat „ein trojanisches Pferd, voll verborgener Feinde“, und die „zugleich blödeste und schlaueste Kriegsmaschine jener Leute, die von innen und außen her unser Ende beschleunigen möchten“.

* * *

Drei neue Schultypen hat die neuere Zeit neben den hergebrachten Primar-, Mittel- und Hochschulen geschaffen: die obligatorische Gewerbeschule, die obligatorische oder freiwillige hauswirtschaftliche Fortbildungsschule und die entweder privaten oder öffentlichen Staatsbürgerkurse, die in ihrer öffentlichen Gestalt meist den anderen Schultypen eingegliedert sind oder werden. Aus der Tatsache dieser Neugründungen spricht Folgendes: Es ist als Bedürfnis empfunden worden, die nachschulpflichtige Jugend, soweit sie nicht sonst schon in Mittelschulen weiter unterrichtet wird, im gewerblichen und im Haushaltungsfache noch speziell auszubilden. Außerdem stellte man fest, daß die jungen Leute zumeist jenes Interesses und damit auch jener Kenntnisse entbehrten, deren sie bedürfen, um bewußt bei der Gestaltung des öffentlichen Wohles mitzuwirken. Der alte Grundsatz, daß die Volksschule eine abschließende allgemeine Volksbildung vermitteln konnte angesichts dieser erweiterten Bedürfnisse nicht mehr aufrecht erhalten werden. Es fruchteten nicht einmal alle die Bemühungen, die Volksschule in gewerblicher, hauswirtschaftlicher und staatsbürgerlicher Richtung mit vermehrtem Unterrichtsstoffe auszustaffieren. Durch diese Maßnahmen schwoll nur ihr Stoff dick an, dehnte sich in die Breite, aber genügend konnte er doch nicht.

Wir wundern uns unter diesen Umständen keinen Moment, daß der Schweizerische Lehrerverein im Jahre 1937 zu Luzern postulierte: „Der obligatorische staatsbürgerliche Unterricht ist für alle Schweizer Jünglinge und Jungfrauen im 18. und 19. Altersjahr durch Bundesgesetzgebung einzuführen“ und „Der Bund unterstützt alle Veranstaltungen zur staatsbürgerlichen Belehrung und Erziehung im nachschulpflichtigen Alter.“ Das war zugleich eine Erklärung zu Gunsten bewußten Staatsbürgertums wie auch die öffentliche Feststellung des Ungenügens der staatsbürgerlichen Ausbildung, die unserem Volke von Seiten der Volksschule, ja sogar von Seiten der Mittelschule zu Teil wird. Wir müssen uns aber fragen: Inwiefern hat die Schule selber an ihrer Stelle das vorgekehrt, was nötig ist, um staatsbürgerlichen Sinn zu pflegen? Wohl wird gesagt („Schweizer Erziehungs-Rundschau“, Februar 1939), die Lehrerschaft habe sich „mit dem Problem, in welcher Weise die Schule beitragen könne, vaterländisches Denken, Liebe zur Schweizer Heimat und demokratische Gesinnung zu fördern, in unzähligen, in allen pädagogischen und gewerkschaftlichen Zeitschriften verstreuten Arbeiten auseinandergesetzt“. Das ist aber auch alles. Man hat geredet und hat postuliert. Aber vorgekehrt hat man nichts, insbesondere nichts in der Volksschule. Oder hat sich etwas geändert am Lehrplan, am Unterricht, am Lehrstoff, an den Lehrmitteln? Kaum. Obwohl die Verhältnisse wirklich anders geworden

sind, behilft man sich nach wie vor mit dem gleichen Lehrplan, mit den gleichen Stoffen und mit den gleichen Lehrmitteln, nur daß wohl aus fast allen Schulstuben die staatsfeindliche und vaterlandslose Agitation verschwunden ist. Im Sprachunterricht stehen nach wie vor vielfach ausländische Stoffe obenan, in der Geschichte kommt die Schweizergeschichte zu kurz, in der Geographie verliert man sich in alle Fernen.

Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die Volksschule doch unvergleichlich mehr tun könnte zur Pflege des Schweizer sinnes, als sie tatsächlich tut. Man möchte daher dem Schweizerischen Lehrerverein empfehlen, sich statt auf das Obligatorium des staatsbürgerlichen Unterrichtes im 18. und 19. Altersjahr auf die Durchdringung der Volksschule mit Schweizer sinne zu werfen. Wie gesagt: Auch wenn man von der Schule nicht alles erwarten kann, so könnte sie doch noch viel mehr Voraussetzungen zu gutem Staatsbürgertum schaffen. Allerdings müßte sie einerseits auf viel Wissensgut, das sie jetzt noch in der Mathematik und in den Realien mitschleppt, verzichten und andererseits ihren Stoff anders auswählen. Tatsächlich kommt es ja bei ihrem Erfolg nicht so sehr auf das Wissen an als auf die Bereitstellung der geistigen Grundlagen — der geistigsmäßigen Grundlagen —, auf die sich das Leben, auch das staatsbürgerliche Leben aufbauen läßt. Bloße vaterländische Gedekstunden und -tage, wie man sie im Kanton Zürich einführen möchte, dürften nicht das Notwendige treffen, denn Schweizer sinne ist kein Fach, sondern eine alles durchdringende Gesinnung. Eher wird man auf dem Wege neuer Einwirkung auf die Lehrerschaft zum Ziele kommen, etwa nach der Art der bernischen Kurse über „Schule und geistige Landesverteidigung“, die letzten Herbst von 3200 Lehrern — also von fast allen Lehrkräften des Kantons — besucht wurden.

Bülach, am 13. Februar 1939.

Walter Hildebrandt.

Bemerkungen zur Weltpolitik

Was nun?

In der durch die grundsätzliche Geltendmachung der sogenannten „italienischen Aspirationen“ Ende November 1938 eingeleiteten Entwicklung sollte die mit Spannung erwartete Rede Hitlers zum 30. Januar 1939 eine wichtige, ja vielleicht entscheidende Etappe sein. Und die Spannung, mit der die ganze Welt die Rede des deutschen Staatsmannes erwartete, war naturgemäß umso größer, als die in diesem Streitpunkt durch den Fordernden von Unbeginn befolgte Taktik ohne Zweifel etwas völlig Neues im Verkehr zwischen Großmächten darstellt. Denn bisher war man es doch wohl unter Großmächten gewohnt, daß begründete Forderungen unter möglichst genauer Substanziierung auf dem normalen diplomatischen Weg gebührend angemeldet wurden, worauf man dann versuchte, im Wege von Verhandlungen das entstandene mehr oder weniger schwierige Problem einer Lösung näher zu bringen. Hier ist nun offenbar ein völliger Wandel eingetreten. So kann man in casu überhaupt nicht davon reden, daß die italienischen Forderungen gegenüber Frankreich regelrecht „angemeldet“ worden wären. Vielmehr weiß bis heute eigentlich kein Mensch, was die Italiener von Frankreich überhaupt haben wollen. Man wäre geneigt, hinter dieser Taktik eine scharf umrissene Absicht zu vermuten. Allein vielleicht entspringt dieses Vorgehen einfach einer gewissen Unsicherheit und Verlegenheit, weil der Fordernde sich selbst noch gar nicht darüber klar ist, wie weit er eigentlich gehen kann, ohne sich am Ende in eine Position zu verrennen, aus der es nur ein schmähhches Zurück

oder dann einen kriegerischen Durchbruch geben könnte. Also „tastet“ man einstweilen das Gelände ab. Daß dieses „Abtasten“ auf eine ausgesprochen holperige Art geschieht, das gehört nun eben zu den Errungenheiten unserer heutigen gesegneten Zeit.

Betrachtet man indessen die Art des italienischen Vorgehens in dieser Frage genauer, so ist andererseits wieder eine ausgesprochene Parallelität mit der Art des deutschen Vorgehens gegenüber der Tschechoslowakei vom Frühjahr bis zum September letzten Jahres unschwer festzustellen. Obwohl das Problem dort insofern einfach lag, als es sich im grundsätzlichen um die praktische Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts einer völkisch sehr klar festgelegten Gruppe handelte, über deren wirklichen Willen zum Anschluß an das große Reich kein Zweifel bestand, wurde die Welt in jenem Fall gleichwohl über die letzten Absichten des Fordernden insofern im Unklaren gelassen, als eine fortgesetzte Steigerung der Ansprüche zu gewissen Zeitpunkten eine letzte Begrenzung überhaupt nicht mehr absehen ließ. Jene dunkle Vermutung, die damals auf der gesamten politischen Welt lastete, hat sich entsprechend gewissen nachträglich eingegangenen Informationen über den wahren Hintergrund der Septemberspannung vollauf bestätigt.

Vergleicht man nun die Taktik, die Italien seit Ende November 1938 gegenüber Frankreich einzuschlagen beliebt, mit dem Vorgehen des Reiches in der tschechoslowakischen Frage, so erkennt man unschwer dieselbe offensichtlich beabsichtigte Ungewißheit über die letzten Ziele. Der Zweck ist offensichtlich, den Adressaten durch eine wechselweise Verstärkung und vorübergehende Abschwächung des Druckes — vor allem aber durch stetes Gerassel — so zu zermürben, daß der also Bedrängte am Ende sich vor lauter Verzweiflung zu Konzessionen bereit findet, nur um die unerträgliche Ungewißheit und den steten Druck endlich los zu werden. Unter diesem Aspekt betrachtet, wäre also die Taktik — bei aller Verschiedenheit in der Substanziierung der Ansprüche — eine mit südlichem Temperament beflügelte Neuaufgabe der unvergessenen Spätsommerwochen des letzten Jahres. „Die braune Diesel kenn' ich am Geläut!“

Wohl aus diesem Grunde wurden die doch wirklich sensationellen Erklärungen Hitlers am 30. Januar 1939 von der Weltöffentlichkeit trotz aller Spannung mit einer verhältnismäßigen Ruhe aufgenommen. Und doch waren diese Erklärungen in ihrem wichtigsten Punkt wahrlich sensationell genug. Der Führer des Deutschen Reiches versicherte darin den italienischen Alliierten seiner militärischen Unterstützung ohne jede Einschränkung in jedem Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung, und zwar ganz gleichgültig, aus welchen Motiven immer eine solche Auseinandersetzung „vom Zaune gebrochen“ würde. Naive Seelen, deren es auf der Welt anscheinend, trotz aller Erfahrung, auch heute noch zur Genüge gibt, bemühten sich mit einem Eifer, der wahrlich eines komplizierteren Problems würdig gewesen wäre, um eine „Auslegung“ dieser entscheidenden Worte des deutschen Führers und sie glaubten am Ende in allem Ernst, daß die Versicherung nichts anderes als die übliche Unterstützung für den Fall eines nichtprovokierten Angriffs gegen Italien bedeute — also nur für diesen Fall zugesichert sei. Diese Leute haben die große Wandlung der Zeit verschlafen. Sie messen immer noch mit der alten Elle. Sie wurden indessen bald durch eine bis heute naturgemäß niemals dementierte Meldung der italienischen amtlichen Agentur „Stefani“ in grausamer Weise eines Besseren belehrt. Denn diese Meldung, die sich durch völlig unmißverständliche Klarheit auszeichnete, enthielt die lapidare Feststellung, daß die Unterstützung „natürlich“ für jeden Fall gelte, ganz gleichgültig, ob Italien der Angreifer sei oder ob es angegriffen werde. Damit war also das Terrain einstweilen in genügender Weise abgesteckt.

Ein so völlig unverklausuliertes Unterstützungsversprechen des nördlichen Achsenpartners an Italien ist selbstverständlich nur denkbar, wenn über die wirk-

lichen Absichten Italiens unter den beiden Mächten völlige Klarheit und völliges Einverständnis besteht. Denn es erscheint nach Lage der Sache völlig ausgeschlossen, daß der Führer eines Volkes von 80 Millionen seinem Partner den völligen Einsatz seiner ungeheuren Machtmittel bedingungslos zusichert, ohne über die wirklichen Absichten des Partners im Klaren zu sein und sie gebilligt zu haben.

So sah sich die Welt in den ersten Februartagen mit völliger Klarheit einer absoluten und bedingungslosen diplomatischen und militärischen Solidarität Deutschlands mit einem zur Durchsetzung noch gar nicht bekannter Ansprüche entschlossenen Italien gegenüber. Dabei war unbedingt das Hauptgewicht auf das Moment der Ungewißheit über die mit diesem hundertprozentigen Einsatz zweier Völker zu erreichenden Ziele zu legen. Wie nun — so fragte man sich mit Spannung — würde die übrige Welt sich gegenüber dieser Lage verhalten?

Zur großen Überraschung Aller erfolgte die erste Reaktion von jenseits des Ozeans. Es läßt sich heute kaum mehr bezweifeln, daß Roosevelt, vielleicht um der Taktik der Achsenmächte mit denselben Mitteln zu begegnen, die Welt mit voller Absicht über seine wirklichen Äußerungen vor der Armee-Kommission des Senates im Unklaren gelassen hat. Indessen spielt in diesem Falle die mehr oder weniger große Authentizität gewisser Wendungen keine große Rolle. Auch ist es sehr unwahrscheinlich, daß Roosevelt eine Neuaufgabe der historischen Erklärung Baldwins wegen der Grenzen am Rhein wiedergegeben hätte. Wie dem auch sei: der Effekt der Erklärungen des amerikanischen Präsidenten bleibt sensationell. Eine gewisse Gleichartigkeit mit den beiden historischen Appellen des Präsidenten im Verlauf der tragischen Septemberwoche des letzten Jahres kann kaum übersehen werden. Es ist, als wollte der amerikanische Präsident — angesichts der seit den Septembererfahrungen bekannt gewordenen Taktik der Achsenmächte — gewissermaßen vorbeugen, solange es noch Zeit ist.

Im übrigen aber bestätigen die Erklärungen im Grunde nur das, was man in eingeweihten Kreisen schon lange vermutete. Auch ist es mehr als wahrscheinlich, daß schon seit längerer Zeit, jedenfalls aber seit dem Abschluß des britisch-amerikanischen Handelsvertrages, enge Vereinbarungen zwischen den beiden angelsächsischen Mächten zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Welt bestehen, denn es ist schließlich nur logisch, daß die Vereinigten Staaten, bei aller wohlwollenen Zurückhaltung gegenüber den Entwicklungen in Europa, eine ernsthafte Störung des weltpolitischen Gleichgewichts zu Gunsten der sogenannten Antikominternmächte einfach aus eigenem Interesse nicht zulassen können. Die Gegensätze zwischen Japan und den Vereinigten Staaten sind jahrzehntealt und keineswegs leicht zu nehmen. Auch ist es naheliegend, daß eine ernsthafte Schwächung oder gar eine Niederlage Frankreichs und Großbritanniens in Europa den japanischen Expansionsbestrebungen ungeahnte Ausichten öffnen müßte, deren Erfüllung am Ende auf dem Rücken der amerikanischen Position im Stillen Ozean unschwer abzu sehen wäre. Und die amerikanischen Befürchtungen wegen der Sicherheit der kalifornischen Küste sind nicht erst heutigen Datums!

Vorläufig läßt sich zu diesem ungeheuern machtpolitischen Gewichtspunkt, den die Vereinigten Staaten darstellen, jedenfalls sagen, daß ein europäischer Krieg zwischen den Achsenmächten und der westlichen Entente die Vereinigten Staaten zum mindest indirekt an die Seite der Westmächte führen wird. Bis zu welchem Grade die Unterstützung dann tatsächlich gesteigert würde, hängt durchaus von den Umständen ab und es ist selbstverständlich, daß der amerikanische Präsident sich hierüber nicht im einzelnen äußern konnte. Die völlig auf die eine Seite beschränkte Lieferung amerikanischer Flugzeuge nach Europa spricht jedenfalls eine deutliche Sprache. Es war demnach wohl die Absicht Roosevelts, die Achsenmächte für den Fall eines Konfliktes rechtzeitig mit der Tatsache einer

mehr oder weniger massiven amerikanischen Unterstützung der Gegenseite vertraut zu machen. Diese Tendenz bestätigt sich im weiteren auch durch nachträgliche Äußerungen mehrerer amerikanischer Minister, vor allem des Sekretärs des Staatsdepartements.

Im Anschluß an die Erklärungen Roosevelts bekannte sich — auf französische Vorstellungen hin? — Chamberlain seinerseits zu einer völligen militärischen Solidarität mit Frankreich im Falle einer Auseinandersetzung im Gefolge der „italienischen Aspirationen“. Die im ersten Satz der bedeutsamen Erklärung enthaltene Einschränkung, wonach die Zusammenarbeit nur im Falle der Bedrohung „lebenswichtige“ französische Interessen ausgelöst würde, wird durch den nachfolgenden Satz praktisch glatt aufgehoben, wo von der Unterstützung Frankreichs im Kriegsfall, und zwar ohne Einschränkung, die Rede ist. In diesem Sinne ist anscheinend die Erklärung Chamberlains wenigstens in Italien richtig verstanden worden (die deutsche Presse dagegen hatte Mühe, sich zur nüchternen Erkenntnis der tatsächlichen Lage durchzuringen); jedenfalls veröffentlichte die „Informazione Diplomatica“ am 9. Februar eine knappe Erklärung, die dem Regierungschef zugeschrieben wurde, und worin die Feststellung enthalten war,

„daß Italien bereits seit langer Zeit und nicht erst seit gestern das Vorhandensein eines eigentlichen Militärbündnisses zwischen Frankreich und England als Axiom anerkennt.“

Es kann demnach füglich festgestellt werden, daß die beiden europäischen Allianzen in Bezug auf die praktische Bedeutung der in ihnen verkörperten Bindungen einander heute völlig gleichwertig sind. Daran wird auch durch die Tatsache nichts geändert, daß sich die Achse Rom-Berlin ihrem ganzen Charakter nach und in den Äußerungen ihrer Staatsmänner gegenüber der englisch-französischen Entente scheinbar als die geschlossener darstellt. Übrigens entspricht es durchaus der englischen diplomatischen Taktik, mit formellen Erklärungen sparsam umzugehen, um die präsumptive Gegenseite solange wie möglich im Unklaren zu lassen. Tatsächlich aber ist die Bindung zwischen den beiden Westmächten zu Anfang des Jahres 1939 bezüglich ihrer praktischen Auswirkungen im Kriegsfall mindestens so stark wie im August 1914. Dabei spielt nun die Frage eine durchaus sekundäre Rolle, ob die militärische Unterstützung Frankreichs durch Großbritannien sich im Zuge einer veränderten Entwicklung in anderen Formen abspielen würde als im Jahre 1914, indem z. B. der Einsatz eines britischen Expeditionskorps auf französischem Territorium heute gegenüber anderen Unterstützungsfaktoren zurückzutreten scheint.

Man kann also nach der heutigen Lage der Dinge feststellen, daß sich die britisch-französische Entente im Laufe der Entwicklung zu einer eigentlichen Allianz verstärkt hat, die, bei aller Abweichung im Formellen, der Achse Rom-Berlin ebenbürtig ist. Ebenbürtig nicht nur in Bezug auf die Enge der Bindung — ebenbürtig zweifellos auch in machtpolitischer Beziehung, unter der Voraussetzung indirekter Unterstützung durch die Vereinigten Staaten. Denn es scheint uns kaum zweifelhaft, daß im Falle eines kriegerischen Konfliktes von längerer Dauer die ganz bedeutende Überlegenheit des Westblocks in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung sich entscheidend auswirken müßte (Rußland und Japan würden sich voraussichtlich gegenseitig neutralisieren).

Man wird unter diesen Umständen mit großer Spannung der allernächsten Entwicklung folgen. Die Frage lautet, wie die Achsenmächte ihre Forderungen territorialer Natur angesichts dieser Verteilung der Kräfte durchzusetzen versuchen werden. Dabei braucht der Kanonendonner der italienischen Presse durchaus nicht als Anzeichen der Unmittelbarkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung gewertet zu werden; vielmehr wird man sich in aller Ruhe zu überlegen

haben, welches Anteilsmaß an diesem papierenen Schlachtenlärm dem jüdischen Theaterdonner zugehört. Auch die italienischen Truppenkonzentrationen in Libyen können ebenso gut einem rein demonstrativen Zweck dienen, wie der Vorbereitung ernstere Ereignisse. Daran wird schließlich auch durch die nicht unbegründete Vermutung nichts geändert, wonach sich unter diesen italienischen Truppen verschiedene deutsche Truppenkörper befinden. Man spricht in diesem Zusammenhang von zwei deutschen Divisionen, die vor einigen Wochen über den Brenner nach Italien und weiter befördert worden seien.

Trotzdem bleibt die Situation äußerst gespannt. Auch kann man es ohne Zweifel eine glückliche Fügung nennen, daß nunmehr wenigstens der spanische Brandherd allmählich zum Erlöschen kommen dürfte. Mit einem längeren Widerstand der republikanischen Zentralposition rechnet heute niemand mehr. Es wird sich demnach in verhältnismäßig kurzer Zeit herausstellen, ob Italien die gegenüber England wiederholt abgelegten Versprechungen in Bezug auf den Rückzug der italienischen Truppen korrekt einlösen wird. Gewisse Vorgänge bei der Einnahme der Insel Menorca durch die Truppen Francos lassen in dieser Beziehung allerdings noch einige Überraschungen möglich erscheinen. Weniger ernst zu nehmen ist dagegen die Kampagne der italienischen Presse, die heute den Rückzug der „Freiwilligen“ auf einmal nicht mehr von der militärischen, sondern von der „politischen“ Entscheidung abhängig machen will. Es handelt sich hier zweifellos in erster Linie um einen Gegenstoß in Richtung auf die Westmächte, deren Bemühungen, sich einen neutralisierenden politischen Einfluß in dem neuen Spanien zu sichern, nach Möglichkeit durchkreuzt werden sollen.

In dieser Beziehung nun haben die Westmächte zweifellos mit Geschick zu opponieren verstanden. Nachdem es der Regierung Daladier gelungen war, auch noch die vermutlich letzte Auflehnung des interventionistischen Flügels der Linksgruppen niederzuschlagen, vollzog sich die Liquidierung der katalanischen Armee ohne Schwierigkeiten. Im Gegenteil hat die Mission des Senators Léon Bérard, die ursprünglich nur zur Regelung der durch die massiven Grenzübertretungen entstandenen Fragen entsandt worden war, zu einer wertvollen Anknüpfung grundsätzlicher Beziehungen geführt. So wird die rechtliche Anerkennung des neuen Spaniens durch die Westmächte kaum noch lange auf sich warten lassen, und es erhöht natürlich das Gewicht dieser Operationen, daß sie, entsprechend den neuen Verhältnissen, mit absoluter Parallelität erfolgen. Auch wird sich nun gelegentlich herausstellen, bis zu welchem Punkt Franco sich für die Zukunft gegenüber den Achsenmächten bereits gebunden hat und ob es den Westmächten gelingt, mit dem Einsatz ihrer unbestreitbaren finanziellen und wirtschaftlichen Überlegenheit ein gewisses Gleichgewicht herzustellen.

Viel schwieriger ist natürlich die Behandlung der weiteren „Aspirationen“ der Achsenmächte. Allein man darf die Hoffnung noch nicht ohne weiteres aufgeben, daß der Weg der Verhandlungen doch noch rechtzeitig beschritten werde. Voraussetzung dafür wäre allerdings eine gewisse Konzessionsbereitschaft auf Seiten der Westmächte. Man wird hier sagen dürfen, daß diese Konzessionsbereitschaft grundsätzlich gewiß vorhanden ist, daß aber England und Frankreich, in dieser Beziehung bestimmt unterstützt durch die Vereinigten Staaten, territoriale Abtretungen wohl nur im Rahmen einer Gesamtregelung in Erwägung ziehen werden, einer Gesamtregelung, die eine beginnende Abrüstung in sich schließt. Es wird übrigens behauptet, daß bereits seit geraumer Zeit zwischen Frankreich und Italien Verhandlungen über die Regelung der Dischibuti-Frage schweben . . .

Allein wenn wir inmitten dieser mit Spannung geladenen Zeit dem gemäßigten Optimismus Ausdruck geben, darf zugleich auch die zweite Perspektive nicht außer Acht gelassen werden. Der Verlauf der Septemberkriese hat mit völliger Deutlichkeit gezeigt, daß die Führung der totalitären Staaten auch

vor äußersten Entschlüssen keineswegs zurückschreckt, selbst dann nicht, wenn die gesteckten Ziele zu den einzugehenden Risiken kaum in einem erträglichen Verhältnis stehen. Es ist gut, daß die Welt sich seit der Septemberkrise dieser Einstellung bewußt ist. Denn der Ablauf jener Ereignisse lehrt, daß die totalitären Mächte unter Umständen selbst dann den höchsten Einsatz zu wagen gewillt sind, wenn nach dem logischen Ablauf der Dinge, im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung, ein endgültiger Erfolg mehr als zweifelhaft ist.

Einstweilen jedenfalls wird man sich allerseits damit abzufinden haben, daß in der zur Zeit aktuellsten Frage der „italienischen Aspirationen“ die Politik der Drohungen, die im September zu einem so sensationellen Erfolg geführt hat, fortgesetzt wird. In diesem Gesichtskreis bewegt sich anscheinend auch die neueste Aktion der Japaner, die trotz allen Protesten zur Besetzung der Insel Hainan geschritten sind, ohne daß man mit Grund ein durch den Krieg gegen China absolut bedingtes strategisches Bedürfnis voraussetzen müßte. Wahrscheinlich handelt es sich eben eher um eine Provokation Frankreichs, dessen indochinesische Ostküste nicht mehr als 200 Kilometer von dem besetzten Punkt entfernt liegt.

* * *

Der Hinschied Pius' XI. hat in der ganzen Welt einen tiefen Eindruck hinterlassen. Durch den Abschluß der Lateranverträge vom Jahre 1929, die dem Konflikt zwischen dem Heiligen Stuhl und dem italienischen Staat im Grundsätzlichen ein Ende machten, hat sich der ehrwürdige Papst ein bleibendes Denkmal gesetzt. Unvergessen ist noch seine ergreifende Mahnung zum Frieden, die er in der tragischen Septemberwoche zu letzter Stunde sprach. Und der Eindruck seines Todes auf die in fieberhafter Spannung gehaltene Welt ist umso stärker, als sehr weite Kreise seinen zähen und entschlossenen Kampf um die Freiheit des kirchlichen Bekenntnisses und gegen die Rassenlehre mit jenem steigenden Maß von Teilnahme verfolgten, das der Ausdruck innerster Zustimmung ist.

Zürich, den 15. Februar 1939.

Jann v. Sprecher.

Gefahr im Mittelmeer.

Das an dramatischen Ereignissen so reiche Jahr 1938 hat nicht unter glücklichen Auspizien geendigt. Europa steht unter einer neuen Bedrohung: Italien, dessen Ansprüche sich unmittelbar gegen die Integrität französischen Territoriums und damit des französischen Imperiums richten, hat über unsere europäische Welt dumpfe Beklemmung heraufbeschworen. Und während die Komreise Herrn Neville Chamberlains und des Lord Halifax auf eine internationale Entspannung für den Beginn von 1939 hoffen ließ, stellte Herrn Mussolinis unerbittliche Haltung den ganzen Erfolg dieser Fühlungnahme in Frage. So hielt das neue Jahr im Zeichen schwerer Konflikte seinen Einzug, sowohl im Gebiete des Mittelmeers als in Zentraleuropa; denn das Reich dringt unaufhörlich weiter nach Osten vor und fügt seine Anstrengungen zu denen Italiens; die beiden Nationen teilen sich auf diese Weise nach Maßgabe ihrer Interessen in die Arbeit.

* * *

Der Kern des Konfliktes steckt eben immer noch und immer wieder in dem Problem der *beati possidentes*, der *have* gegenüber den *have not*, *derer*, die es auf die reichen Getreidebezirke der Ukraine und seine Petroleumquellen oder die Ansiedlungs- und Ausbeutungsländereien in Afrika oder auf die strate-

glichen Punkte abgesehen haben, welche ihnen die Herrschaft über die internationalen Handelswege sichern sollen. Es handelt sich hier um den Willen zur Macht zweier durch jüngste Erfolge berauschter Völker; ihnen kann man auch nur Macht entgegenstellen — es sei denn, daß die beati possidentes für die Abdankung und Zerstückelung reif wären. In dieser Hinsicht könnten aber die dynamischen Staaten noch peinliche Überraschungen erleben. Sollte Herr Mussolini geglaubt haben, daß er Frankreich gegenüber das deutsche Manöver gegen die Tschechoslowakei wiederholen könne, das zu den Münchner Abmachungen führte, so muß er sich nun bitter enttäuscht fühlen. Schon am 14. Dezember erklärte Herr Chamberlain im Unterhaus, daß der aus dem englisch-italienischen Übereinkommen sich ergebende status quo am Mittelmeer auf Tunesien anzuwenden sei. Die französische Regierung hat Tags darauf durch ihren Außenminister Herrn Georges Bonnet bestätigen lassen: „Frankreich wird niemals zugeben, auch nur eines Fingers Breite seines Territoriums an Italien abzutreten, und jeder Versuch, einen solchen Anspruch durchzusetzen, muß zu einem Kampf mit Waffen führen“.

Die mit äußerster Hestigkeit gegen Frankreich geführte Pressenkampagne, die wirklich das Maß des Üblichen überschritt, hat von vornherein die Verständigungsmöglichkeiten zwischen den beiden Mittelmeermächten stark gefährdet.

Die italienischen Forderungen sind eindeutig: sie beziehen sich auf Tunis. Rom erachtet, daß dieses in der Verlängerung Siziliens gelegene afrikanische Land ihm rechtens zukommt. Aber Herrn Daladier wurde anfangs dieses Jahres in Tunesien ein Empfang bereitet, der in auffallender Weise die dortige Anhänglichkeit ans Mutterland dartat. Daladier konnte auch feststellen, daß in Südtunesien unsere Soldaten an den Toren der Wüste eine wahre „Maginot-Linie“ ausgebaut hatten, so daß ein italienischer Angriff von Lybien her einen Wüstenstich zu durchqueren haben würde, um schließlich vor Gräben, Kasematten, Betonunterständen mit Kanonen und Mitrailleusen der Verteidigung zu stehen.

Die faschistischen Forderungen im Mittelmeerbecken reichen auch nach Suez. Es herrscht auf der Halbinsel Entrüstung darüber, daß Frankreich (nach England, Italien, Deutschland und den Niederlanden fünften Ranges in seinem durch den Kanal geführten Handel) der Gesellschaft 19 Verwaltungsräte von ihren 32 stellt und Italien selber überhaupt nicht vertreten ist. Dabei übersieht man jedoch die Tatsache, daß der Kanal ausschließlich von französischem Kapital finanziert wurde, nachdem sein Unternehmer, Ferdinand von Lesseps, umsonst in allen anderen Ländern Kredite aufzunehmen gesucht hatte. Seit wann sind übrigens die Benutzer alleinige Herren?

Es wäre zwecklos, die Frage noch weiter zu diskutieren — wie auch die Angelegenheit von Korsika durch Diskutieren nichts gewinnt. Der französische Ministerpräsident besuchte vor seiner Überfahrt nach Afrika die „schöne Insel“, um dadurch nachdrücklich seine Überzeugung von der Unberührbarkeit unseres Besitzes zu dokumentieren; ein mehr als enthusiastischer Beifall ward seinen Ausführungen zuteil und bewies jedem, der einen solchen Beweis noch nötig hatte, daß unser Land, so sehr es zögern konnte, der fernem und fremden Tschechoslowakei zu Hilfe zu eilen, einmütig für die Verteidigung seiner Territorien einstehen würde.

* * *

Wenn Italien sich ungeachtet des neuen französisch-deutschen Übereinkommens für seine Kolonialforderungen die Unterstützung von Berlin zu sichern wußte, so hat das seinen Grund darin, daß das Reich selber auch ähnliche Ansprüche vorzubringen hat, und daß Rom ihm dazu den Weg bereitet, indem es die Widerstandskraft der have auf die Probe stellt; auch bedauert Deutschland keineswegs, daß Frankreichs und Englands, ja sogar Italiens Aufmerksamkeit von seiner geheimen Jagd in Zentraleuropa abgelenkt wird.

Nach Deutschland hin also beruhigt, hat Mussolini versucht, die Londoner Regierung für seine Ansichten zu gewinnen. Seit dem englisch-italienischen Abkommen glaubte die Halbinsel, jung und dynamisch wie sie war, in der englischen Kontinentalpolitik Frankreich zur Seite schieben und sich selber an seine Stelle setzen zu können. Die Regierung Chamberlain wich aber vom Wege der Rechtlichkeit nicht ab; nicht nur weigerte sie sich, bei Daladier die mussolinischen Ansprüche zu vertreten, sondern sie setzte auch dem faschistischen Drängen, in Paris als Vermittler aufzutreten, ein energisches „Nein“ entgegen.

Und doch besaß Italien Tauschgold, nämlich Spanien. Franco hatte am 23. Dezember in Katalonien die Offensive ergriffen, und Mussolini hoffte zweifellos auf einen endgültigen Sieg der spanischen Nationalisten vor dem Besuche der englischen Minister in Rom. Mit der am 17. Dezember erfolgten Kündigung der französisch-italienischen Abmachungen von 1935 setzte er diese einer eigentümlichen Situation aus, umso mehr, als er wußte, wie sehr Chamberlain sein in München begonnenes Friedenswert am Herzen lag. Er konzentrierte außerdem Truppen in Lybien — man sprach von 100 000 Mann — und an unserer Somaligrenze, auf welche Verfügung Frankreich mit der Abordnung zweier Regimenter antwortete. Das Einschüchterungsmanöver war mißglückt.

In der zweiten Hälfte Januar gaben die Ereignisse in Spanien zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß. Seit Beginn dieses Krieges galt es schon als ausgemacht, daß seine Beendigung durch den Sieg des einen oder anderen Lagers eine sehr ernste Spannung für Europa bedeuten würde. Spanien hat seit zweieinhalb Jahren dem kranken europäischen Körper als Abzweig gedient, in dem sich alle Gifte sammelten. Auf den kastilischen, den baskischen, den katalonischen Schlachtfeldern haben sich nicht nur die Söhne des gleichen mütterlichen Vaterlandes feindlich gegenübergestellt, sondern auch die Anhänger zweier entgegengesetzter Ideologien. Der Bürgerkrieg jenseits der Pyrenäen war in Wirklichkeit ein europäischer Krieg im Kleinen. Deutsche wie Italiener, Russen, Franzosen, Belgier, Skandinavier, Tschechen, Bulgaren und sogar Kanadier, Mexikaner und andere kamen, um hier für ihren politischen Glauben zu kämpfen. Alle Revolutionäre, die Kommunisten, die Anarchisten, die unser Planet trägt, haben von jeher die „Republica española“ als das gelobte Land ihrer Utopien betrachtet.

Nach Tortosa, nach Tarragona ist nun auch Barcelona, die große Hauptstadt des tätigen und betriebsamen Katalonien, der Mittelpunkt des Weltanarchismus, am 26. Januar ohne Verteidigung in die Hände der Nationalisten gefallen. Nun begann ein Exodus der katalanischen Bevölkerung nach Frankreich, der unsere Regierung vor schwierige Aufgaben stellte. Wie sollten alle diese Flüchtlinge untergebracht, ernährt, gepflegt werden? Wie sollte man die Gefahr von Epidemien und Seuchen unter diesen Unglücklichen vermeiden, die schon seit Wochen in kläglichsten materiellen Verhältnissen lebten? Wie konnte die Festnahme, Entwaffnung und Internierung der roten Miliz ohne Zwischenfälle und Reibungen vor sich gehen? Wie sollte den in einer solchen Menschenmenge zahlreichen unliebsamen Elementen der Zugang verwehrt werden, den Anarchisten, Kommunisten und einfachen Banditen, die eine jede Gelegenheit auszunützen stets gerne bereit sind? Eine elementare Forderung der Humanität gebot, den Unglücklichen die Grenzen zu öffnen. Hatte nicht die Schweiz im Jahre 1871 uns ein Beispiel gegeben, als sie mitten im Winter die zwischen die Deutschen und die Juragrenze eingeklemmte Armee des Generals Bourbaki brüderlich aufnahm?

Der Massenandrang der vor dem raschen Vormarsch Francos Flüchtenden schuf den französischen Behörden unerwartete Probleme; die Verstärkung der Mobilgarden und sogar der Truppen erlaubte jedoch rasch, diesen Zustrom in einen geregelten Kanal zu leiten und sogar die unentbehrliche Grenzwaache zu verstärken. Es scheint übrigens doch, daß im Verfolge der Reise des Senators Léon Bérard, der mit einer offiziellen Mission für Franco, mit einer ersten

Fühlungnahme mit den nationalistischen Behörden betraut worden war, ein Vergleich zustandekam, nach welchem die siegreiche Armee in Katalonien den Rhythmus ihres Vormarsches mäßigen sollte, um eine allzu heftige Stauung der republikanischen Truppen an unserer Pyrenäengrenze zu vermeiden; es scheint ebenso, daß Franco die Versicherung abgegeben habe, keine italienischen Truppen der Grenze nahelkommen zu lassen; Frankreich duldet in der Tat keine Annäherung dieser Art.

Seitdem der Präsident und die haupt.sächlichen Minister der spanischen Republik auf französischen Boden übergetreten sind, sieht man freilich nicht mehr, wie Madrid und Valencia ihren Widerstand gegen Burgos noch weiter fortsetzen können. Drei Viertel von Spanien befindet sich nun in Francos Händen, und zudem fast die Gesamtheit der industriellen Hilfsquellen des Landes. Die nationalistische Flotte hält die Küste von Valencia, und eine Verproviantierung der von den Roten besetzten Zone von außen her erweist sich daher als unausführbar. Elementarste Menschlichkeit fordert, daß diesem Greuelkriege, der schon allzu lange gedauert hat, ein Ende bereitet werde, und daß Europa die Verlängerung einer Gefahr, die dem Frieden verhängnisvoll werden kann, erspart werde. Es verlautet, daß London sich bemüht, einen Waffenstillstand herbeizuführen, und daß vielleicht schon binnen kurzem in dieser Richtung glückliche Entwicklungen zu gewärtigen sein dürften. Es sei sogar die Rede von einer gewissen Mitarbeit der britischen Flotte anläßlich der Wiedereroberung der Insel Menorca, die noch von den Republikanern besetzt ist*). Eine solche Zusammenarbeit brächte für England den Vorteil, Italiens eventuelle Absichten in Bezug auf die Balearen aufzudecken. Offiziell bestreitet Rom diese Möglichkeit als nicht mit dem englisch-italienischen Pakte vereinbar; es erklärt im Gegenteil formell, daß es in Spanien oder im spanischen Marokko keine Gebietsansprüche geltend zu machen beabsichtige. Aber es hat auch erklärt, daß die italienischen Truppen aus der iberischen Halbinsel erst nach dem definitiven Sieg der Nationalisten zurückgerufen würden; und was ist wohl unter dem Worte „definitiv“ zu verstehen? Wie dürfte man sich überhaupt der Vorstellung hingeben, Italien verzichte freiwillig auf irgendwelche Entschädigungen für die schweren in Spanien gebrachten Opfer? Und in welcher Weise wird es wohl trachten, auf seine Kosten zu kommen? Sucht es ökonomische Vorteile in den Minen von Asturien, Andalusien oder anderswo? Aber dort haben die Franzosen und die Engländer bereits ihre älteren Interessen und Vorrechte. In dieser Beziehung herrscht, das muß zugegeben werden, noch viel Verwirrung, und niemand weiß genau, was sich einerseits Frankreich und England, andererseits Italien und Deutschland an wirtschaftlichen Vorteilen auf der Halbinsel sichern oder sich garantieren lassen konnten.

Die Fühlungnahme mit Burgos war für die französische Regierung ein Akt der hohen Politik, für welchen England ihr schon seit langem das Beispiel gegeben hatte. Kommt diese Tat jetzt wohl zu spät? Ich glaube es nicht. Die in Burgos so lange schon erwartete Geste der unmittelbaren großen Nachbarin Spaniens wird in den Augen der nationalistischen Behörden nur umso höheren Wert haben. Man glaubt auch, daß die Anerkennung Francos de jure, welche die augenblickliche Situation erfordert, kaum noch lange auf sich warten lassen werde, und daß demnächst ein offizieller Vertreter des Quai d'Orsay nach Burgos abgesandt wird. Seitdem diesseits der Pyrenäen das sozialistisch-kommunistische Fieber gefallen ist, das Land aber einstimmig vom spanischen Sieger fordert, daß unserer südwestlichen Grenze keine Bedrohung entstehe, nachdem andererseits das nationalistische Spanien zweifellos seine italienischen und deutschen Verbündeten recht anspruchsvoll findet und schwerlich Lust bezeigen wird, den Truppen der beiden „Achsen“ als Schlachtfeld zu dienen, so beginnen sich doch Umrisse einer euro-

*) Diese ist inzwischen, in allerdings noch nicht abgeklärtem Maße, erfolgt.
Schriftleitung.

päischen Beruhigung für das Ende des spanischen Krieges am Horizonte abzuzeichnen, wenn auch vorläufig der Himmel sehr bedeckt ist.

Mussolini hat noch nicht gesprochen. Am 30. Januar hielt Hitler in Berlin eine hernach von allen Seiten kommentierte Rede. Hat er Rom seine bedingungslose Unterstützung versprochen oder nicht? Die Rede war jedenfalls diplomatischer gehalten als seine früheren Ansprachen; er betonte auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands. Sollte dieses Geständnis Verhandlungen für die Erlangung englischer Kredite einleiten? Das Kolonialproblem wurde durch den Führer zwar gestellt, jedoch mit relativer Mäßigung. Zwei Tage später erfolgte die Nachricht der Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten: „Die Landesgrenzen liegen am Rhein“. Trifft es wohl zu, daß Herr Roosevelt diese Worte in der Armeekommission des Senates aussprach? — er dementierte sie erst drei Tage später. Dagegen hat Herr Chamberlain nicht dementiert, was er im Unterhaus am 6. Februar sagte, als er Frankreich versicherte, daß Großbritannien alle seine Hilfskräfte sogar im Falle einer bloßen Bedrohung zu unserer Verfügung stellen würde.

All dies gab Herrn Mussolini wohl zu denken. Man erwartete eine Rede anlässlich der Versammlung des faschistischen Großen Rats. Er hat geschwiegen und schweigt seither. Die Partie ist gefährlich. Ein München kann es für das Mittelmeerproblem nicht wieder geben. England rüstet mit Macht auf; die Vereinigten Staaten sind bereit, Frankreichs Luftaufrüstung zu unterstützen, und die amerikanische öffentliche Meinung erkennt täglich deutlicher, wie eine energische Haltung den Ansprüchen der Achse gegenüber das einzige Mittel ist, einen Krieg zu verhindern, in welchen Amerika automatisch mit hineingezogen würde. Nun verfügt das französische Reich über 110 Millionen Mann, das Britenreich über 450 Millionen und Amerika über 130 Millionen; dazu kommen noch die schier unerschöpflichen Bodenschätze: eine nicht zu verachtende Gegnerschaft. Es ist ja nicht ausgeschlossen, daß diese have die Notwendigkeit einer gerechteren Verteilung der Rohstoffe im Erdräume einsehen werden; mit Drohungen können aber Deutschland und Italien nichts erreichen.

Dagegen liegt es auf der Hand, daß die europäischen Nationen, anstatt sich in einem unfruchtbaren Rüstungswettlauf zu erschöpfen, anstatt durch ständige ihren Bevölkerungs Massen auferlegte Opfer der Verarmung anheimzufallen, ein hohes Interesse daran hätten, auf allen Gebieten zusammenzuarbeiten. Spanien war und ist noch immer das europäische Land, wo entgegenwirkende Kräfte sich bekämpfen; wenn diese Kräfte sich zum Wiederaufbau des unglücklichen Landes vereinigten, wie bald wäre aller angerichtete Schaden wieder gut gemacht! Man sagt hier leicht hin, daß allein Frankreich und England dank ihrer Finanzkraft in der Lage seien, Spanien wiederum aufzubauen; so aufgefaßt, zeigt sich die Frage unter einem rein utilitaristischen Gesichtspunkt, der obendrein den beiden westlichen Mächten nicht zur Ehre gereicht. Während Italien und sogar Deutschland auf der Halbinsel Opfer an Menschenleben gebracht haben, möchten die Bankiers der City oder die französischen Kapitalisten zu sehr als Freunde der letzten Stunde erscheinen, die sich bereit erklären, ihr Geld gegen genügende Garantien und Zinsen, die das spanische Volk aus den Ergebnissen seiner Arbeit aufbringen müßte, anzulegen. Die Frage will von einer höheren Warte aus angesehen werden; eine solche Hilfsaktion würde die Würde eines stolzen und empfindlichen Volkscharakters nicht verletzen. Sie muß einen europäischen Aspekt annehmen.

Daselbe gilt wohl von der Kolonialfrage. Es wäre leicht, auch diese Frage zum Besten aller beteiligten Interessen zu regeln, indem man aus den Kolonien ein Gebiet kontinentaler Zusammenarbeit und nicht ein Reservat der have machte, das die have not zu Mißgunst und ungerechtfertigten Anforderungen anspornt. Man redet hier viel von einer großen internationalen Konferenz, die über diese Probleme fruchtbringend verhandeln sollte, so wie auch

über andere Themen, z. B. das einer gerechteren Verteilung der Rohstoffe. Diese Erörterungen sind nicht von heute; sie stellten sich schon seit dem Kriege. Aber seit einigen Jahren haben sie einen Aspekt äußerster Dringlichkeit angenommen. Und nur zwei Methoden gibt es, die sie lösen könnten: Krieg — oder Zusammenarbeit. Wäre nicht die Stunde heute gekommen, einmal ernstlich an die zweite Lösung zu denken?

* * *

Die Tätigkeit des Parlaments hat zu Jahresende mit der traditionellen Budgetabstimmung ihren normalen Verlauf genommen. Die Diskussion dieses Budgets begann in der Kammer am 15. Dezember und wurde in der Nacht vom 31. Dezember auf den 1. Januar zu Ende gebracht, trotz der Obstruktion von Seiten der Sozialisten und Kommunisten, die unseren Präsidenten an seiner Korsika-reise verhindern wollten (die Abreise war schon seit einiger Zeit festgesetzt).

Aus dem Budget wollen wir bloß das Folgende festhalten: den Ausbauder Flugwaffe, 1347 Offiziere und 18 290 Unteroffiziere und Mannschaften mehr für 1939. Seit dem 20. war die Diskussion des Budgets in der Kammer schon beendet und, am Tage darauf begann die Debatte über das Finanzgesetz, d. h. der Angriff gegen die Gesetzesdekrete. Aber Herr Paul Reynaud kam mit einer langen Auseinandersetzung des Wiederaufbauwerkes zuvor: Kapitalzufluß, beträchtlicher Goldrückfluß, Wiederanlagen von Kapitalien in französischen Renten und andern Titeln, Wertsteigerung von mehr als 30 Milliarden für die Staatstitel und von mehr als 60 Milliarden 800 Millionen für die Gesamtheit der französischen Titel; außerdem in der Wirtschaft merkliche Produktionserhöhung von Stahl und Gußeisen. Trotzdem erachtet der französische Finanzminister die größte Vorsicht für 1939 in der Finanzgebarung des „Häuses Frankreich“ am Platze; wenn auch jede Befürchtung einer Inflation geschwunden ist, wird sich der Staat dieses Jahr doch zu einer Anleihe gezwungen sehen*).

Am 22. Dezember stimmte die Kammer über das Budget im Ganzen — das Finanzgesetz inbegriffen — mit 366 Stimmen gegen 229 ab. Im Senat wurde das Budget mit 279 Stimmen gegen 16 angenommen, was eine schöne Majorität bedeutet; hernach nahm es die Kammer in letzter Lesung an. Es beläuft sich auf 66 136 923 024 Franken, und die Einnahmen für das kommende Jahr werden auf 66 203 855 819 Franken veranschlagt; demnach ergibt sich ein Einnahmenüberschuß von 66 932 795 Franken. Frankreich ist also wiederum zu seinen gesunden Traditionen des Budgetgleichgewichts zurückgekehrt.

Seit dem Beginn des laufenden Jahres 1939 haben die politischen Leidenschaften sich gemäßiget. Die Nation fühlt, daß von ihrer Einigkeit und ihrer Stärke der Friede Europas zum großen Teile abhängt; die Drohung Italiens gegen unseres Reiches Bestand hat uns zur „union sacrée“ vereinigt. Zwar tauchen im Laufe der endlosen Kammerdebatten vom 13. bis 26. Januar über die Außenpolitik die doktrinären Divergenzen immer von neuem wieder auf. Die Kommunisten, früher Antimilitaristen und Antikolonialisten, die seinerzeit in den Munitionsfabriken in Nordafrika und Indochina Streikbewegungen ausgelöst und in den Kasernen zur Rebellion gegen die Offiziere aufforderten, gebarten sich während dieser Debatten als Überpatrioten, denen nichts näher am Herzen lag als die vaterländische Verteidigung. In Wirklichkeit möchten sie Frankreich in eine ideologische Intervention jenseits der Pyrenäen hineinziehen, die uns in Europa isolieren würde, da England bis zum Ende seiner Neutralitätspolitik treu bleiben will und die uns unfehlbar den Krieg an unseren Ost- und Südostgrenzen eintrüge. Aber die Regierung hatte am 18. Januar ihre Politik der Nichteinmischung aufrechtzuerhalten beschlossen, und die Kammer folgte den politischen Neophyten nicht.

*) Hier läßt sich ein leiser Widerspruch feststellen! Schriftleitung.

Sie hörte nach mehr oder weniger stürmischen Sitzungen einen sehr gemessenen und sehr wohl dokumentierten Vortrag des Außenministers und hierauf eine energische Intervention des Ratspräsidenten an. Die Regierung hoffte auf ein einstimmiges Vertrauensvotum, das die Einigkeit des Landes dartzu sollte für — nach Herrn Daladiers Worten — „die Verteidigung seines materiellen Besitzes und auch des großen Ideals, das es in früheren Zeiten in einer weniger harten Welt mit Erfolg verfochten hat und für das es noch immer bereit ist in einer Welt, die unter dem Zeichen der Gewalt steht, sich einzusetzen“. Aber Herr Léon Blum und die Sozialisten, vor allem aber die Kommunisten, haben dem Ruhe des Regierungsoberhauptes nicht Folge geleistet, und die Vertrauensfrage wurde im Ganzen nur mit 374 gegen 228 Stimmen bejaht, nachdem sein zweiter Antrag auf die Aufrechterhaltung der Integrität des französischen Reiches und auf die Sicherheit der Reichswege die Einstimmigkeit der 606 Botanten erhalten hatte. Immerhin beweist dieses Votum, daß trotz der ideologischen Meinungsverschiedenheiten ein Angriffskrieg ganz Frankreich zum Widerstand bereithalten würde.

Die Aufrüstung der Luftwaffe bereitet noch manche Sorge. Am 14. Januar erklärte der Luftfahrtsminister in der Kammer, daß unsere Werke im Dezember 73 Flugzeuge gegenüber monatlichen 41 bis zum September lieferten; im Januar sollten es 80 werden, und in drei Monaten sollte die Produktion bis auf 200 steigen. Diese Produktion wird aber immer noch als ungenügend angesehen, und die französische Regierung verhandelt mit den Vereinigten Staaten über den Ankauf von Flugzeugen. Die Transaktion wird dadurch erschwert, daß nach den Bestimmungen des Johnson Act die amerikanische Verwaltung den Ländern, welche ihre Schulden noch nicht in Ordnung gebracht haben, kein Kriegsmaterial verkaufen darf; Frankreich wäre in dieser Lage. Der Präsident Roosevelt bemüht sich um die Einwilligung des amerikanischen Senats zu einem solchen Verkauf von Flugzeugen.

Auch unsere Marine vernachlässigen wir nicht. Am 17. Januar wurde der Kreuzer Richelieu von Stapel gelassen, der 250 Meter lang und vorzüglich bewaffnet und ausgestattet ist; ein neuer Kreuzer, der Clémenceau, liegt auf der Werft.

Die wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufrichtung des Landes geht weiter ihren Gang. Nach den Ausführungen des Finanzministers in seiner Radiorede vom 28. Januar „ist Frankreich stark, ist Frankreich geheilt“. Herr Paul Reynaud hat erklärt, daß der Franken heute wiederum „die Zufluchtswährung Europas“ sei; die Bank von Frankreich sei das einzige Ausgabeinstitut, das täglich und in regelmäßigem Rhythmus das Gold, das über die Grenzen geflüchtet worden war, wieder zurückerhält. Es ist eine Tatsache, daß der Frankenkurs stabil geblieben ist und zeitweise sogar dem Pfund und dem Dollar gegenüber anzog, während die Bank von England infolge des aus der Rückflutung französischen Geldes entstandenen Goldabflusses darangehen muß, ihre Goldbestände neu einzuschätzen.

In sozialer Beziehung ist das Land merkwürdig ruhig; kein Streik, kein Konflikt mehr. Der verunglückte Streik kam übrigens in der Kammer bei Anlaß der Diskussion über die Amnestievorlage für die in seiner Folge durch die Gerichte abgeurteilten Arbeiter erneut zur Sprache. Die Sozialisten und Kommunisten forderten eine vollständige Amnestie. Die Regierung hingegen, so sehr sie eine allgemeine Beruhigung anstrebt, willigte nur in eine individuelle Begnadigung ein; sie bestand darauf, daß diese nicht automatisch gewährt werden solle und daß die Urheber schwerer Gewaltakte davon ausgeschlossen sein sollten. Die Mehrheit der Kammer schloß sich dem Willen der Regierung an und stimmte am 7. Februar für die individuelle Amnestie mit 344 Stimmen gegen 247.

Paris, 10. Februar 1939.

A. D. Tolédano.